

# Schul|Bank

Informationsdienst für Schule und Lehrer

01/2010

## Neues Quiz unter [www.schulbank.de](http://www.schulbank.de)!

Unter [www.schulbank.de](http://www.schulbank.de) können (Oberstufen-)Schüler, Lehrer und andere interessierte Nutzer in der Rubrik „Das große Wirtschaftsquiz“ ab sofort ihr Wissen im Bereich **„Steuern und Finanzpolitik“** testen. Die 15 Fragen befassen sich u. a. mit den Themenbereichen Steuerarten,

Steuerpolitik und Staatsverschuldung, wobei den Teilnehmern ausführliche Erklärungen an die Hand gegeben werden. Das Quiz richtet sich an alle, die ihre Kenntnisse auf die Probe stellen und zugleich auf spielerische Elemente nicht verzichten möchten. Wer Spaß an der

Beantwortung von Fragen hat, für den gibt es weitere Quizangebote zu den Themen „Grundlagen der Wirtschaft“, „Mein Geld und meine Finanzen“, „Internationale Wirtschaft“, „Europäische Union“ und „Konjunktur und Wirtschaftswachstum“. ■

## Mehr Arbeitstage 2010

In dem gerade angebrochenen Jahr 2010 liegen mehr Feiertage als üblich an Wochenenden, sodass es weniger freie Tage gibt als 2009. Nicht nur der erste Weihnachtstag, auch der 1. Mai, der Tag der Arbeit, fällt in diesem Jahr auf einen Samstag – sehr zum Leidwesen der Arbeitnehmer. Eine „Entschädigung“ gibt es für einige mehrheitlich katholische Bundesländer lediglich dadurch, dass Allerheiligen auf einen Montag rückt. Die Zahl der durch Feiertage entfallenen Arbeitstage liegt damit 2010, je nach Bundesland, zwischen fünf und acht. Die Bundesbank hat nun errechnet, dass die zusätzlichen Arbeitstage das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,2 Prozent erhöhen werden, was in absoluten Zahlen einem Wert von 5 Milliarden Euro entspricht. Allerdings

werde die Wertschöpfung nicht proportional mit der höheren Zahl der Arbeitstage zunehmen. Denn wenn die Nachfrage nach Waren und

Dienstleistungen kaum steige, werden viele Unternehmen nicht mehr produzieren, sondern versuchen, den Produktionsverlauf zu glätten. ■

ARBEITSTAGE 2010				
DURCH FEIERTAGE ENTFALLENE ARBEITSTAGE 2009/2010				
Bundesland	Anzahl entfallen 2009 <sup>1)</sup>		Anzahl entfallen 2010 <sup>2)</sup>	
Baden-Württemberg	252	9	253	8
Bayern	252	9	253	8
Berlin	254	7	256	5
Brandenburg	254	7	256	5
Bremen	254	7	256	5
Hamburg	254	7	256	5
Hessen	253	8	255	6
Mecklenburg-Vorpommern	254	7	256	5
Niedersachsen	254	7	256	5
Nordrhein-Westfalen	253	8	254	7
Rheinland-Pfalz	253	8	254	7
Saarland	253	8	254	7
Sachsen	253	8	255	6
Schleswig-Holstein	254	7	256	5
Thüringen	254	7	256	5

1) Anzahl der Arbeitstage pro Jahr je Bundesland. 2) Anzahl der durch Feiertage entfallenen Arbeitstage. Quelle: data-inside.

LEKTÜRE-TIPP



**Paul A. Samuelson, William A. Barnett: Große Ökonomen im persönlichen Gespräch. Wie Volkswirtschaftslehre Geschichte schreibt, WILEY-VCH Verlag, Weinheim 2010, 309 Seiten, 29,90 Euro.**

Wer einige der bekanntesten Ökonomen des 20. Jahrhunderts und ihre wesentlichen Theorien kennenlernen möchte, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen. In acht ausführlichen Interviews, in denen es nicht nur um fachliche Fragen, sondern zugleich um persönliche Dinge, aber auch um den gesellschaftlichen und historischen Hintergrund geht, eröffnen sich dem Leser viele neue Erkenntnisse und Eindrücke. Die lebendigen Interviews werden ihrerseits von Ökonomen geführt, ohne dass die Gespräche deswegen aber ins Fachchinesische abgleiten würden. Und auch wenn hier und da volkswirtschaftliche Kenntnisse hilfreich sind, um der Lektüre noch mehr abzugewinnen, so ist dieses Buch doch ein Muss für jeden, der sich für Wirtschaftstheorien und das Leben der Ökonomen interessiert. ■

## Energieverbrauch sinkt

Infolge der Wirtschaftskrise ist der Energieverbrauch in Deutschland 2009 stark gesunken. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen lag er mit 453,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten um 6,5 Prozent unter dem des Vorjahres. Damit fiel er auf das niedrigste Niveau seit 1972. Die einzelnen Energieträger waren unterschiedlich von diesem Rückgang betroffen. Mit 18 Prozent den stärksten Nachfragerückgang verzeichnete die Steinkohle, während der Absatz heimischer Braunkohle nur um 3 Prozent gesunken ist. Beide Energieträger deckten jeweils rund 11 Prozent des Energieverbrauchs. Der Verbrauch an Mineralöl ist auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen, bleibt aber mit 34,6 Prozent am Gesamtverbrauch der wichtigste Energieträger, derweil der Erdgasanteil auf 21,7 Prozent gestiegen ist. Die Stromerzeugung aus Kernkraft wiederum ist um fast 10 Prozent zurückgegangen und trug zu 11 Prozent zur Deckung des Energiebedarfs bei. Die Beiträge der Wasser- und Windenergie sind um 7 und 8 Prozent gefallen; zusammen decken die erneuerbaren Energien etwa 9 Prozent des gesamten Energiebedarfs. ■

## Kaum Inflation in Deutschland

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Jahr 2009 auf den niedrigsten Wert seit 1999 gesunken. Wurde damals eine Jahresteuerrate von 0,6 Prozent gemessen, dürfte sie im vergangenen Jahr nur 0,4 Prozent betragen haben – so die vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. In den Sommermonaten waren die Jahresraten wegen des Ölpreiseffekts teilweise sogar unter die Nulllinie gefallen. Grund hierfür war der hohe Ölpreis im Jahr 2008: In der Spitze hatte dieser einen Wert von 150 US-Dollar je Barrel erreicht, woraufhin die Inflation mit 2,6 Prozent ein mehrjähriges Hoch erklimmen konnte. Als sich die Entwicklung an den Rohstoffmärkten umkehrte und der Ölpreis 2009 infolge der Rezession auf Werte zwischen 40 und 50 Dollar sank, schlug sich dies naturgemäß auf das allgemeine Preisniveau nieder. Inzwischen kostet ein Barrel der Sorte

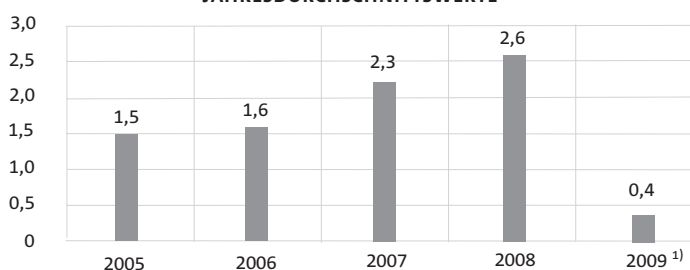
Brent zwar wieder rund 80 Dollar. Die insgesamt geringeren Ausgaben für Benzin, Diesel und Heizöl sowie für Lebensmittel stärkten aber die Kaufkraft der Verbraucher.

Auch für das Jahr 2010 gehen Ökonomen von einer gedämpften Preissteigerung aus. Der niedrige Lohn- und die gedämpfte Kapazitätsauslastung würden dazu beitragen, dass der Preisdruck moderat bliebe.

Mittelfristig befürchten jedoch einige Volkswirte eine deutlich höhere Inflation, sofern die Notenbanken die Menge an billigem Geld nicht rechtzeitig wieder einsammeln, die sie zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise ausgegeben haben. Andere Ökonomen argumentieren allerdings, dass die Zentralbanken sehr wohl über die Instrumentarien verfügten, um eine solche Entwicklung zu verhindern. ■

### INFLATIONS-RATEN IN DEUTSCHLAND

VERÄNDERUNGEN GEGENÜBER DEM VORJAHR (IN %) JAHRES-DURCHSCHNITTSWERTE



1) Vorläufige Angabe. Quelle: Destatis.

## Teures Gesundheitssystem

Eine jüngst von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) veröffentlichte Studie, in der Gesundheitsindikatoren der Industrieländer miteinander verglichen werden, kommt zu einem für Deutschland gemischten Ergebnis: Einerseits wird ein leistungsfähiges Gesundheitssystem konstatiert, das eine Versorgung für nahezu die gesamte Bevölkerung gewährleiste; andererseits

werde im Vergleich zu anderen Ländern, die eine ähnlich breite Versorgung ermöglichen, mehr Geld für das Gesundheitssystem ausgegeben. Als wichtige Kostenfaktoren im deutschen Gesundheitswesen werden dabei die vielen Krankenhausbetten, hohe Ausgaben für Medikamente, relativ hohe Ärzthonorare sowie überdurchschnittlich hohe Verwaltungskosten genannt. Gleichzeitig wird vor Engpässen in der

Krankenpflege gewarnt, zu der es auch infolge der vergleichsweise mäßigen Bezahlung im Pflegesektor kommen könne.

Nach den USA, Frankreich und der Schweiz habe Deutschland im Jahr des Untersuchungszeitraums (2007) mit 10,4 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes mehr als alle anderen Länder für die Gesundheitsversorgung ausgegeben. Je Person gerechnet, lägen die Ausgaben nach vergleichbarer Kaufkraft damit um ein Fünftel über dem OECD-Durchschnitt. Immerhin: Anders als in den meisten anderen Ländern haben die Maßnahmen zur Kostendämpfung offenkundig gefruchtet und dazu geführt, dass die Gesundheitsausgaben in Deutschland in den letzten Jahren nicht schneller gewachsen sind als die Wirtschaftsleistung – trotz der alternden Bevölkerung und des damit wachsenden medizinischen Bedarfs. ■

GESUNDHEITSAUSGABEN		
	in Prozent des BIP (ausgewählte Länder) <sup>1)</sup>	Lebenserwartung (in Jahren) <sup>1)</sup>
Vereinigte Staaten	16,0	78,1
Frankreich	11,0	81,0
Schweiz	10,8	81,9
Deutschland	10,4	80,0
Kanada	10,1	80,7
OECD	8,9	79,1
Italien	8,7	81,4
Großbritannien	8,4	79,5
Japan	8,1 (Stand 2006)	82,6
Polen	6,4	75,4
Türkei	5,7 (Stand 2005)	73,2

1) Stand 2007. Quelle: OECD (2009).

## FINANZMÄRKTE IM BLICK



### Flut von Staatsanleihen

Das turbulente Jahr 2009 ist vorüber, das Jahr 2010 hat begonnen – und wie immer bemühen sich die Anleger und Analysten um einen Blick nach vorne. Wie in jedem, so können aber auch in diesem Jahr alle der ohnehin nur vorsichtig angestimmten Prognosen bald wieder Makulatur sein – nicht zuletzt aufgrund der noch immer sichtbaren Folgen der Finanzmarktkrise. Anleger werden auch zu Beginn dieses Jahres mit Rahmenbedingungen konfrontiert, die es über Jahrzehnte im „normalen“ Marktgeschehen nicht gab: eine Notenbankpolitik, die den Liquiditätsbedarf der Banken fast vollständig deckt; Rekordemissionen am Markt für Staatsanleihen mit zunehmender Skepsis, was die Bonität selbst gestandener westlicher Nationen angeht; niedrige Kapitalmarktzinsen und deshalb die Suche nach höheren Renditen. Hinzu kommt, dass viele der Schwellenländer

auch in der globalen Rezession allenfalls einen kurzen Wachstumseinbruch verzeichneten, jetzt aber wieder mit hohen Zuwächsen zu beeindrucken wissen.

Nach Angaben des Datenanbieters Dealogic erreichte das Emissionsvolumen an den globalen Anleihemärkten im vergangenen Jahr 6,11 Billionen Dollar. Davon entfielen 2,99 Billionen auf Unternehmensanleihen – ein Rekordvolumen in diesem Marktsegment. Aber auch Staatsanleihen wurden in großem Umfang angeboten. Im neuen Jahr – so die Prognose – dürfte es wieder eine Flut von Anleiheemissionen auf dem Markt für Staatspapiere geben. Der Finanzierungsbedarf der Schulden in den USA ist dabei noch größer als in Europa. Schon jetzt zeigt das große Angebot an Staatsanleihen Wirkung auf dem amerikanischen

Markt: Die Zinsspanne zwischen zwei und zehn Jahren Laufzeit für amerikanische Staatsanleihen beträgt rekordverdächtige 2,8 Prozentpunkte. Während die Renditen für kurze Laufzeiten wegen der von der amerikanischen Notenbank nicht veränderten Leitzinsen extrem niedrig blieben, steigen die Renditen am langen Ende. Der Grund dafür liegt in der Angst der Anleger vor einer ausufernden amerikanischen Staatsverschuldung.

Und die Aktienmärkte? 2009 hat die Kombination von nahezu kostenloser Liquidität und wirtschaftlicher Stabilisierung seit dem Frühjahr zu einer enormen Hausse geführt. Der deutsche Aktienindex Dax hat im letzten Jahr fast 25 Punkte zugelegt – seit dem Krisentief im März sogar um knapp 65 Prozent. Kann es aber so weitergehen? Viele Analytiker sind skeptisch. ■



IM FOKUS

## Der Klimagipfel von Kopenhagen

**Vom 7. bis zum 18. Dezember trafen sich in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen 193 Staaten zur 15. UN-Klimakonferenz. Das ursprüngliche Ziel lautete, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu beschließen, dessen erste Phase 2012 endet. Doch schon im Vorfeld der Konferenz schien klar, dass ein derart ambitioniertes Ziel vorerst nicht realisierbar war. Dass es im Endeffekt aber zu gar keiner verbindlichen Erklärung kam, wurde allgemein mit großer Enttäuschung aufgenommen.**

Auf der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurden 1997 erstmals verbindliche Ziele für die Treibhausgasemissionen einzelner Länder vereinbart. Hintergrund dieses Abkommens ist die von den meisten Wissenschaftlern vertretene These, dass der sich verstärkende Treibhauseffekt maßgeblich durch menschliches Eingreifen hervorgerufen wurde und zu einer höheren globalen Durchschnittstemperatur führen werde. Die Folgen wären ein steigender Meeresspiegel und eine Zunahme von Wetterextremen.

### Das Kyoto-Protokoll

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, hatten sich die Industriestaaten in Kyoto darauf festgelegt, ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Die einzelnen Länder haben dabei unterschiedliche Vorgaben, die vor allem von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Voraussetzung für das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls war die Ratifikation von mindestens 55 Staaten, die zusammen mindestens 55 Prozent der im Jahr 1990 angefallenen CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachten. Dies war 2005

der Fall, als das russische Parlament das Abkommen ratifizierte. Inzwischen haben das Abkommen 184 Staaten ratifiziert.

Diese beeindruckende Zahl wird aber dadurch geschmälert, dass die USA, lange Zeit der größte Emittent von Treibhausgasen, dem Kyoto-Protokoll nicht beigetreten sind. Zudem mussten neben den Entwicklungsländern auch die Schwellenländer keine verbindlichen Zusagen für die Minderung von Emissionen machen. Bis heute wird zwar der größte Teil der Treibhausgase von den Industrieländern ausgestoßen. Und noch auf Jahre wird die Pro-Kopf-Emission der Industriestaaten die der Entwicklungsländer deutlich übersteigen. Doch mittlerweile ist China der weltweit größte Emittent von Treibhausgasen, und auch Indien zählt inzwischen zur Weltspitze.

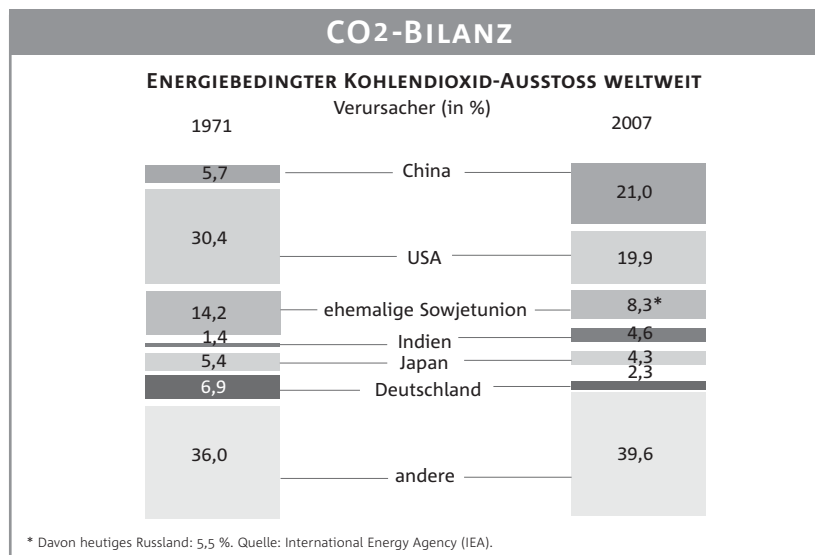
Weil sich mit China, den USA und Indien also die größten CO<sub>2</sub>-Emittenten der Welt zu keiner Senkung der Treibhausgasemissionen verpflichtet haben und auch nicht am Emissionshandel teilnehmen, ist es global bislang nicht zur Verringerung des Schadstoffausstoßes ge-

kommen. Da das Protokoll 2012 ausläuft und sich die Prognosen für die Entwicklung des Weltklimas mittlerweile noch verschlechtert haben, wurde eine Nachfolgeregelung benötigt, die in Kopenhagen gefunden werden sollte.

### Im Vorfeld von Kopenhagen

Mit welchen Zielen, Vorstellungen und Absichten sind die Delegationen der Staaten nach Kopenhagen gereist? Die Industriestaaten, die bereits das Kyoto-Abkommen unterzeichnet hatten, beabsichtigten, eine Nachfolgeregelung bis ins Jahr 2020 zu finden. Die Europäische Union hatte bereits im Vorfeld zugesagt, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 in jedem Fall um 20 Prozent zu reduzieren, auch wenn es zu keiner Einigung komme. Für den Fall aber, dass auch die anderen Industriestaaten sich zu ähnlichen Reduktionszielen verpflichten, würden die Staaten der EU ihre Emissionen sogar um 30 Prozent reduzieren.

Die entscheidenden Konfliktfelder waren aber andere. Würde es gelingen, auch die Schwellenländer, vor allem China und Indien, einzubinden und zu verbind-





## IM FOKUS

lichen Reduktionszielen zu verpflichten? Sind die Industriestaaten bereit, eine ausreichend hohe finanzielle Hilfe für die Entwicklungsländer bereitzustellen, um eine technische Anpassung an eine ressourcen- und energieschonende Produktion zu ermöglichen? Viele Entwicklungsländer befürchten, strenge globale Regeln für den Klimaschutz könnten ihr Wirtschaftswachstum bremsen. Ziel des Klimaschutzes ist es daher, das Wachstum an Treibhausgasen vom erwünschten wirtschaftlichen Wachstum zu entkoppeln.

Und schließlich: Was war mit den USA? Würden sie sich diesmal auf verpflichtende Reduktionsziele einlassen? Vor Beginn der Konferenz gab es aus den USA Zusagen für eine Reduktion, die zwar deutlich unter dem lagen, was die EU angeboten hatte, aber durchaus hoffnungsvoll stimmte.

Der Klimagipfel in Kopenhagen war zwei Jahre lang vorbereitet worden. Das ursprüngliche Ziel, dort einen verbindlichen Vertrag zustande zu bekommen, wurde zwar bereits Wochen vorher aufgegeben. Dennoch gab es im Vorfeld eine verhaltene Zuversicht, dass große Fortschritte auf dem Weg zu einem neuen Abkommen erreicht werden könnten. Der Verlauf der Konferenz führte aber bald zur Ernüchterung und

schließlich zur Enttäuschung, als es zum Ende nur zu einer unvollständigen Übereinkunft reichte, die von den Staaten obendrein lediglich „zur Kenntnis“ genommen wurde. Als zu groß hatten sich manche Gegensätze erwiesen.

### „Kopenhagener Übereinkunft“

Die „Kopenhagener Übereinkunft“ sieht im Einzelnen vor, dass die Erwärmung der Erde auf zwei Grad begrenzt wird. Reduktionsziele für das von Wissenschaftlern als entscheidend im Kampf gegen den Klimawandel angesehene Jahr 2050 sind nicht vorgesehen. Die Industrie- und Schwellenländer verpflichten sich nur, bis zum 1. Februar 2010 Zusagen für das Jahr 2020 zu machen. Die EU hält bis dahin an ihrem Angebot von 30 Prozent weniger Kohlendioxidausstoß bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 fest, wenn andere Industriestaaten ebenfalls ambitionierte Zugeständnisse machen. Die Entwicklungsländer sollen bis 2012 30 Milliarden Dollar an Soforthilfen erhalten, um Klimaprojekte anstoßen und sich im Bedarfsfall an den Klimawandel auch anpassen zu können. Von dieser Summe übernehmen die EU und Japan jeweils ein Drittel. Die Vereinigten Staaten geben entgegen vorherigen Zusagen nur 3,6 Milliarden Dollar. Die Staaten setzen sich das Ziel, von 2020 an jährlich 100 Milliarden Dollar für die Entwicklungsländer zu mobilisieren. All

diese Zahlen sind aber rechtlich unverbindlich.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer wiederum verpflichten sich, Informationen über die von ihnen eingeleiteten Schritte gegen den Klimawandel zu liefern, die dann in einem internationalen „Konsultations- und Analyseverfahren“ geprüft werden sollen – allerdings „unter Achtung der nationalen Souveränität“. Wie konkret die Daten sein müssen und wie das Verfahren aussieht, bleibt offen. Genauso, wie auch die Maßnahmen zum Schutz der Wälder und der Wiederaufforstung nicht konkret benannt werden.

Die „Kopenhagener Übereinkunft“ ist lediglich eine politische Willenserklärung; sie ist kein rechtlich bindendes Dokument. Es fehlt sogar das Ziel, 2010 ein rechtlich verbindliches Klimaabkommen zu verabschieden. Deutlich geworden sind die Konfliktlinien: Schwellenländer wie China und Indien fordern von den Industrienationen, ihre Emissionen stark zu senken, doch die USA und Japan bieten nur wenige Prozent Reduzierung an. Umgekehrt wollen sich auch die Schwellenländer auf keine verbindlichen Reduktionsziele, die eine tatsächliche Senkung bedeuten, einlassen. Europa wiederum muss sich den Vorwurf der Entwicklungsländer anhören, nicht in ausreichender Höhe zu finanziellen Hilfen für die vom Klimawandel stark betroffenen Entwicklungsländer bereit zu sein.

Das Abkommen könnte nun frühestens Ende 2010 stehen. Für Mitte 2010 ist ein weiteres Treffen auf Ministerebene in Bonn geplant. Ob es in diesem Jahr aber tatsächlich noch zu einer Einigung kommt, ist derzeit ungewiss. ■

## FRAGEN UND DISKUSSIONSSTOFF

- Untersuchen Sie die Positionen der EU, der USA, Chinas und der Entwicklungsländer (G77) bei der Kopenhagener Klimakonferenz. Stellen Sie diese Positionen einander gegenüber. Welche Gegensätze könnten sich wie überwinden lassen? Welche Zugeständnisse wären von welcher Seite notwendig?
- Was können Politik und Wirtschaft unternehmen, um die Treibhausgasemissionen in Deutschland weiter zu vermindern? Wo wurden in der Vergangenheit Fortschritte erzielt? Untersuchen Sie diesbezüglich, wie der Emissionshandel funktioniert.

## Zahl der Unternehmen legt zu

Auch wenn die Zahl der Insolvenzen im Krisenjahr 2009 stark angestiegen ist, legte die Zahl der Unternehmen unter dem Strich zu. Das geht aus neuesten Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn hervor. Demnach gab es in Deutschland im Jahr

2009 410.000 Existenzgründungen, 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Liquidationen sei dagegen im gleichen Zeitraum um 3,6 Prozent auf rund 397.000 gesunken, sodass die Gesamtzahl der Betriebe um 13.000 angestiegen ist. Im Vorjahr war das Gründungssaldo

noch rückläufig gewesen – erstmals seit Mitte der siebziger Jahre. Die hohe Zahl der Neugründungen sei letztlich auch eine Folge der Wirtschaftskrise, da mehr Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit oder drohender Entlassungen den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt hätten. ■

## Reallöhne im Vergleich

Viele Arbeitnehmer in Deutschland verdienen heute kaufkraftbereinigt nicht mehr oder sogar weniger als noch im Jahr 1990 – so das Ergebnis einer Studie, die das Hamburger Sozialforschungsunternehmen Statista im Auftrag des „Stern“ erstellt hat. In jedem zweiten der 100 gängigsten Berufe sei das Realeinkommen seit Anfang der neunziger Jahre gesunken. Hiervon besonders betroffen waren die Gehälter von Ärzten, die in den letzten knapp 20 Jahren im Schnitt deutlich geschrumpft sind. Umgekehrt gehören Grafiker und Designer ebenso zu den Einkommensgewinnern wie Makler und Architekten. Weiter habe die Studie ergeben, dass die Einkommenssteigerungen von Selbst-

ständigen überdurchschnittlich ausfielen, dass ältere Arbeitnehmer eher dazu imstande waren, den Kaufkraftverlust wettzumachen, als jüngere Beschäftigte

und dass Angestellte mit Führungsaufgaben höhere Gehaltssteigerungen verbuchen konnten als Angestellte mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. ■

GEHALTSVERGLEICH			
DURCHSCHNITTSINKOMMEN IN AUSGEWÄHLTEN BERUFEN (IN €)			
Beruf	2008	1990	Differenz (inflationsbereinigt)
Grafiker und Designer	4.690	1.740	+85 %
Marketing und Absatzfachleute	3.640	1.530	+63 %
Makler	4.740	2.010	+62 %
Landwirte	2.350	1.180	+37 %
Architekten	4.490	2.270	+36 %
...	...	...	...
Ärzte	6.400	8.780	-50 %
Sportlehrer	2.500	2.810	-39 %
Förster	3.260	3.590	-38 %
Werbefachleute	2.780	3.100	-38 %
Informatiker	3.260	3.400	-34 %

Quelle: Stern.

## Klassische Wintersportländer sind teuer

Deutsche Winterurlauber müssen im Ausland oft tiefer in die Tasche greifen als daheim. So ist die Kaufkraft des Euro in Österreich, Italien, Frankreich und der Schweiz niedriger als in Deutschland. In Frankreich zum Beispiel kosten Waren

und Dienstleistungen einen Euro, für die in Deutschland im Schnitt nur etwa 87 Cent zu zahlen sind. Bei den Eidgenossen beträgt der Gegenwert des Euro in diesem Winter sogar nur etwa 84 Cent. Doch es gibt auch Länder, in denen sich

günstiger Urlaub machen lässt. Beispielsweise Tschechien, wo für einen Euro Waren und Dienstleistungen erhältlich sind, für die in Deutschland etwa 1,12 Euro bezahlt werden müssen. Auch Slowenien bietet einen Kaufkraftvorteil. ■

### Impressum

Herausgeber  
 Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Verantwortlich  
 Inge Niebergall

Redaktion  
 Dr. Henrik Meyer  
 Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift  
 Schul|Bank  
 Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin  
 Telefon (030) 16 63-15 21 · Fax (030) 16 63-15 19

Internet  
 www.schulbank.de  
 schulbank@bdb.de

